

K-39-Streit geht in die nächste Runde

Von Björn Vasel

JORK. Der Kreisbauausschuss wird zum Untersuchungsausschuss – in Sachen Kreisstraße K 39. Die Kommunalpolitiker werden einige offene Fragen zu klären haben. Offenbar ist bislang ungeklärt, wo und wie der Aushub der Baustelle entsorgt werden muss.

Dass sich deshalb nicht viel auf der Baustelle tut, bestreitet das Bauunternehmen Kalinowsky.

Boden: Kreisbaurätin Madeleine Pönitz hingegen bestätigte dem TAGEBLATT am Montag, dass das noch „ein offener Punkt ist“, der mit der Baufirma Kalinowsky aus Bad Bevensen geklärt werden müsse. Entsprechende Nachweise fehlten noch. Hintergrund: Der Boden an der Kreisstraße 39 wird teilweise als belastet eingestuft.

Deshalb muss eine Firma nachweisen, ob der Boden deponiert oder auf einer anderen Baustelle wieder eingebaut wird. Der erste Aushub – aus dem Bereich zwischen der Fahrbahn und dem Fuß- und Fahrradweg – war mit Lkw nach Bassenfleth zu einem Lagerplatz auf dem Gelände des früheren Atomkraftwerks transportiert worden. In dem Bereich südlich der K 39 war bereits Schotter als Untergrund für die provisorische Umfahrung eingebaut worden. Allerdings ist (noch) fraglich ob der Nachunternehmer den Boden am Ex-AKW überhaupt abkippen durfte, heißt es im Kreishaus. Das werde behördlicherseits geprüft.

Mehrere Tausend Kubikmeter müssen raus – und entsorgt werden. Kalinowsky-Bauleiter Gunnar Schultz vom Bauunternehmen Kalinowsky bestätigt, dass der Nachunternehmer nicht über die entsprechenden Nachweise verfügt habe.

Nachweise stehen noch aus

Sollten diese nicht vorgelegt werden können, werde Kalinowsky kostenneutral für die Entsorgung des Erdreichs sorgen, so Schultz. Das habe sein Unternehmen dem Landkreis und dem mit der Bauüberwachung beauftragten Ingenieurbüro Galla & Partner zugesichert. Ohne Entsorgungsnachweis kann auf der rund 2000 Meter langen Baustelle zwischen der Borsteler Mühle und dem KVG-Wendeplatz in Kohlenhusen nicht ausgekoffert werden. Aktuell würden laut Baufirma weitere Bodenproben untersucht. Dass die Entsorgungsfrage geregelt werden muss, war im Grundsatz aufgrund der Bodenanalysen im Zuge der Erstellung der Planung klar. Kurzum: Offenbar ist nicht abschließend geklärt, wo der Aushub der Baustelle für die K 39 gelagert werden darf oder eingebaut werden kann.

Streit: Das habe aber „mit den Verzögerungen auf der Baustelle nichts zu tun“, behauptet das Bauunternehmen. Laut Bauzeitenplan hätten die Erdarbeiten weitergehen müssen. Das Unternehmen hatte sich den Auftrag erst nach einem Aufklärungsgespräch im Vergabeverfahren – kurz vor einer Vergaberüge – im Wettbewerb gegenüber fünf weiteren Firmen sichern können. Offenbar stand der Vorwurf von Dumpingpreisen beim Boden im Raum. Zu Vergabe- und Vertragsfragen wollte sich die Kreisbaurätin am Montag nicht äußern.

Planungsbüro spricht von ausführungsbereiter Planung

Ingenieur Rolf Rudorffer vom Ingenieurbüro Galla & Partner weist Äußerungen der Baufirma zurück – und betont, dass sein Büro sehr wohl eine ausführungsbereite Planung vorgelegt habe. So äußerte sich im Grundsatz auch die Kreisbaurätin am Montag gegenüber dem TAGEBLATT. Rolf Rudorffer bedauert gleichwohl, dass der Kreis als Auftraggeber sich in der vergangenen Woche nicht voll und ganz hinter sein Planungsbüro gestellt habe und die Verantwortung für die Verzögerungen auch seiner Firma in die Schuhe geschoben habe.

Schließlich setze das Ingenieurbüro – vom Landkreis Stade mit der Planung und der Bauüberwachung beauftragt – das um, was der Kreis als Auftraggeber selbst festgelegt habe. Zu Details wollte sich Rudorffer mit Verweis auf Verschwiegenheitsklausel und Rücksprache mit einem Anwalt nicht äußern. Äußerst bedenklich findet der Ingenieur es allerdings, dass Kreistagspolitiker von FDP und FWG die Schuld für die Verzögerung bei seinem Büro sehen. Das grenze an Rufschädigung. Ob er juristische Konsequenzen ziehen wird, ließ Rudorffer offen.

Fragen bleiben unbeantwortet

Viele Vorwürfe träfen den Falschen. Dass zu Anfang der passende, vereinbarte Schotter für die Anliegerstraße gefehlt habe, liege nicht in der Verantwortung der Planer. Auch der Streit über die Entwässerungsplanung (die Entsorgung des Niederschlagswassers über Leitungen in die nördlichen Wälder, damit Sedimente und Öl zurückgehalten werden) sei kein Grund für die Bauverzögerung. Diese werde laut Rudorffer auch bei Starkregen und bei aufgestauter Wäldern während der Frostschuttberegnung im Obstbau funktionieren. Dann wird der Straßengraben zeitweise – bei Regen – zum Mini-Stausee. Eine Überschwemmung droht nicht.

Dilemma: Weiterhin wollen/können sich die beteiligten Firmen und der Kreis nicht umfassend äußern. Vertragsangelegenheiten sind nicht öffentlich, Kreis und Unternehmen könnten womöglich Ansprüche (untereinander) geltend machen. So bleibt vorerst weiter offen, wer die Verantwortung trägt. Dilemma: Ein Großteil der Fragen – vor allem von der FWG und der FDP aufgeworfen – wird im Kreisbauausschuss am Dienstag, 8. Juni, 8.30 Uhr im Kreishaus in Stade, unter Ausschluss der Öffentlichkeit behandelt. Dabei geht es um Steuergelder – von drei Millionen Euro.

